

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Auf dem Wege zur neuen Weltwirtschaftsordnung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1977) : Auf dem Wege zur neuen Weltwirtschaftsordnung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 5, pp. 231-235

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135068>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WELTWIRTSCHAFT

Auf dem Wege zur neuen Weltwirtschaftsordnung?

Dietrich Kebschull, Hamburg

Noch nie gab es so viele Nord-Süd-Verhandlungen wie in den vergangenen drei Jahren. Ziel der Dritten Welt ist es, die wirtschaftlichen Beziehungen am Konferenztisch grundlegend zu verändern. Doch der große Fortschritt blieb bisher aus.

Die Verhandlungsergebnisse im Rahmen der verschiedenen Initiativen zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung stehen in krassstem Widerspruch zu der großen Zahl weltweit organisierter Konferenzen. Den spektakulären Abstimmungssiegen der Entwicklungsländer in den Vereinten Nationen, der UNIDO und der UNCTAD fehlen die materiellen Auswirkungen.

Ursächlich dafür sind vor allem

- ☐ die zu umfangreiche Liste von Forderungen,
- ☐ die uneinheitliche Position der Entwicklungsländer,
- ☐ die Schwerfälligkeit des Verhandlungsablaufs,
- ☐ das verringerte Interesse und die abnehmende Konzessionsbereitschaft der Industriestaaten und
- ☐ die Unklarheiten über die tatsächlichen Auswirkungen der geforderten Maßnahmen.

Der voluminöse Forderungskatalog, der von den Entwicklungsländern einstimmig aufgestellt wurde, macht es schwierig, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen. Bis heute gibt es keine klaren Prioritätsvorstellungen über vorrangig anzustrebende und möglicherweise verzichtbare Zielsetzungen. Das Prinzip, Einigkeit in der „Gruppe der 77“ durch Addition aller Einzelwünsche herbeizuführen, wurde auch bei der Konzipierung der Forderungen zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung angewendet.

Der damit als Leitlinie angestrebte größte gemeinsame Nenner, der zwangsläufig eine unübersichtliche „shopping-list“ von Forderungen ent-

stehen läßt, hat sich bei den Verhandlungen selbst nie bewährt. So wäre beispielsweise das Integrierte Rohstoffprogramm des UNCTAD-Generalsekretärs Gamani Corea leichter zu verhandeln gewesen, wenn man auf unbedeutendere und weniger wichtige Forderungen – wie die Einführung weltweiter Kauf- und Lieferverpflichtungen – verzichtet hätte. Außerdem wäre es sinnvoll gewesen, Kernpunkte wie etwa die Operationen und die Wirkungsweise des Gemeinsamen Fonds zu präzisieren, bevor sie zur Abstimmung gestellt wurden.

Die Adressaten der Forderungen – im Normalfall die westlichen Industriestaaten – verstanden es regelmäßig, das Forderungsbouquet auseinanderzupflücken. Dabei wurden insbesondere die nicht realisierbaren Punkte herausgegriffen, um so den gesamten Ansatz in Frage zu stellen. Dies fiel um so leichter, wenn es gelang, Uneinigkeiten zwischen den Entwicklungsländern selbst nachzuweisen oder auszunutzen.

Interessengegensätze der Entwicklungsländer

Eindeutige Interessenunterschiede wurden seit der Billigung der „Charta der Rechte und Pflichten“, des „Aktionsprogramms“ und des „Integrierten Rohstoffprogramms“ mehrfach deutlich. Dies gilt besonders für die Verhandlungen über den gemeinsamen Fonds zur Stabilisierung der Rohstoffpreise.

Bei der vierten Konferenz der UNCTAD in Nairobi überdeckte das harte Nein der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten noch die bereits erkennbaren Risse in der Einheitsfront der 77er-Gruppe. In den Verhandlungen des Frühjahr 1977 zeigte sich, daß die Eigeninteressen wichtiger rohstoffproduzierender Länder nicht eindeutig mit den Vorstellungen der UNCTAD harmonisieren. Brasilien und Kolumbien möchten das Kaffeeabkommen aus dem Rahmen des Integrierten Programms lösen. Auch wichtige Kakao-, Kau-

Dr. Dietrich Kebschull, 37, Dipl.-Volkswirt, ist Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

tschuk- und Kupferproduzenten zeigen wenig Neigung, mit ihren finanziellen Überschüssen die Preise anderer Rohstoffe zu stabilisieren.

Ähnliche Differenzen gibt es ohne Zweifel in der Frage der Kontrolle und Verstaatlichung von ausländischen Direktinvestitionen bzw. multinationalen Unternehmen. Entwicklungsländer in der „take-off“-Phase, die günstige Voraussetzungen als Standorte privatwirtschaftlicher Unternehmen bieten, sehen die Gefahr einer Überziehung der administrativen Einmischung und damit eine Beeinträchtigung der Investitionsneigung. Eine weltweit konzertierte Aktion zur Verschärfung der Gesetzgebung für Auslandsinvestitionen, die von Ländern diktiert wird, die als Anlagegebiete ohnehin kaum in Frage kommen, bedeutet für sie das Ausbleiben des entwicklungspolitisch dringend erforderlichen Kapitals.

Auch bei der Diskussion über die Lösung des Verschuldungsproblems votieren keineswegs alle Entwicklungsländer für einen globalen quasi-automatischen Erlaß oder Aufschub im Falle der Überschuldung. Länder wie Mexiko und Brasilien befürchten offensichtlich, daß die Realisierung derartiger Vorschläge einen weltweiten Rückgang der öffentlichen Kreditvergabe zur Folge hätte, der auch für sie fühlbare Konsequenzen mit sich brächte.

Die Liste dieser Beispiele ließe sich schon heute beliebig fortsetzen. Für die Zukunft spricht vieles dafür, daß in weiteren Bereichen noch nicht erkennbare Interessengegensätze zutage treten, wenn die Diskussion über Detailfragen intensiviert wird. Die stark divergierenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme der mehr als hundert Entwicklungsländer und ihre dementsprechend unterschiedlichen Ziel- und Planvorstellungen stehen einer dauerhaften einheitlichen Willensbildung im Wege.

Verzögerungen im Verhandlungsablauf

Besonders erschwert wird das Zustandekommen verwertbarer Verhandlungsergebnisse durch den Willensbildungsprozeß. Dies gilt für die Entwicklungsländer und Industriestaaten in gleicher Weise.

Selbst in Konferenzen mit einem begrenzten Teilnehmerkreis schleppen sich die Verhandlungen deshalb mühsam hin. Typisch dafür ist der – trotz Verlängerung wenig erfolgreiche – Dialog in Paris (Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit: KIWZ). An ihm sind 19 Entwicklungsländer, sieben westliche Industriestaaten und die EG beteiligt. Die EG spricht im Dialog zwar mit einer Stimme, doch gerade deshalb ist es notwendig, bei Änderungen im Verhandlungsverlauf aufgrund neuer oder modifizierter Vorschläge der Entwicklungsländer langwierige in-

terne Abstimmungen durchzuführen. Außerdem sind Konsultationen mit den übrigen Teilnehmern auf der Industrieländer-Seite erforderlich. Wegen der abweichenden Standpunkte zwischen einigen Mitgliedern der EG-Gruppe müssen darüber hinaus zusätzliche bilaterale Abstimmungen durchgeführt werden.

Die Entwicklungsländer beschränken sich bei der KIWZ wie bei allen anderen Treffen zumeist darauf, ihren vor Konferenzbeginn fixierten Standpunkt vorzutragen. Sie benötigen schon wegen der rund hundert Mitglieder in der Gruppe der 77 einen längeren Vorbereitungszeitraum, um überhaupt zu einem vertretbaren Konsens zu kommen. Veränderungen des Verhandlungskonzepts machen für sie neue langwierige Gespräche erforderlich. Deshalb besteht in allen Konferenzen über die neue Weltwirtschaftsordnung wegen ihrer zeitlichen Begrenzung kaum die Möglichkeit für Kompromisse, wenn die Meinungen der Verhandlungsparteien deutlich voneinander abweichen. Das Ergebnis kann hier nur in der Vereinbarung eines weiteren Konferenztermins liegen. Dies ist gegenwärtig immer wieder der Fall.

Vermindertes Interesse der Industriestaaten

Ausschlaggebend für diesen – aus der Sicht der Entwicklungsländer besonders frustrierenden – Trend ist weniger die häufig genannte Einengung des Konzessionsspielraums der westlichen Länder aufgrund der wirtschaftlichen Rezession der letzten Jahre und der Belastung ihrer Zahlungsbilanzen durch verteuerte Erdöl- und sonstige Rohstoffimporte. Weitaus entscheidender dürfte die veränderte Einschätzung der wirtschaftlichen Situation seit 1974 sein, als die Hauptaktivitäten zur Institutionalisierung der neuen Ordnung einsetzten.

In dieser Zeit standen die westlichen Industrieländer unter dem Ölschock. Die denkbare Nachahmung des Ölkartells durch die Erzeugerländer von Kupfer, Zinn, Kautschuk, einer Reihe von tropischen Nahrungsmitteln und knapp werdenden Nicht-Eisenmetallen hätte für die importabhängigen Industriestaaten nicht nur erhebliche zusätzliche Kosten bedeutet, sondern ihr gesamtes wirtschaftliches Wachstum in Frage gestellt. Außerdem stand das Schreckgespenst der Gefährdung des Währungssystems durch die anagesuchenden Ömilliarden vor aller Augen. Die Industrieländer befanden sich insofern in der Defensive.

Seit Beginn der Detailverhandlungen hat sich die Lagebeurteilung jedoch grundlegend geändert. Anzeichen für die Bildung neuer Kartelle gab es zwar zur Genüge, doch die Interessenunterschiede zwischen den verschiedenen Anbietern verhinderten bisher eine gemeinsame Politik nach dem Muster der Ölländer – zumal selbst inner-

halb der OPEC in den letzten beiden Jahren weniger Einigkeit als Uneinigkeit demonstriert wurde.

Auch die gefährlichen Petrodollars entpuppten sich in der Praxis als begrenzter und durchaus kontrollierbarer (wenn nicht sogar willkommener) Geldstrom in die Industrieländer. Insgesamt zeigte sich, daß die Importkapazität der erdölzeugenden Staaten weitaus größer war, als zuvor angenommen wurde. Außerdem mußten sie erhebliche Beträge für die Entwicklungsländer zur Verfügung stellen, die von der Ölkrise durchaus nicht unberührt geblieben waren und einen „gerechten“ Ausgleich verlangten.

In Anbetracht dieser völlig veränderten Situation haben es die Industrieländer heute nicht eilig, die Verhandlungen voranzutreiben. Forderungen, die sie 1974 noch zähneknirschend angenommen hätten, werden nunmehr ausführlich diskutiert und in weitere Treffen verwiesen. Da das Damoklesschwert der Lieferverknappung existenzwichtiger Rohstoffe sich als Trugbild erwies, sehen sie keine dringende Notwendigkeit mehr, den Wünschen der Entwicklungsländer zur Vermeidung eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten nachzukommen.

Überzogene Erwartungen

Generell läßt sich zum Forderungskatalog sagen, daß er nicht nur mit Maximalforderungen überfrachtet ist, sondern auch zu unreflektiert maximale Hoffnungen weckt. Denn die begrenzten wirtschaftlichen Erfolge der Entwicklungsländer in der Vergangenheit lassen sich durch die angestrebten Veränderungen des Systems allein nicht so verstärken, daß die Dritte Welt in kurzer Zeit das Niveau der heutigen Industriestaaten erreicht. So berechtigt die Enttäuschung über die bisherigen Entwicklungsbemühungen ist, so wenig sinnvoll erscheint es, die Ursache für die nicht erfüllten Hoffnungen einzig und allein im Wirken des anonymen Marktmechanismus zu sehen. Die eingetretenen Fehlschläge lassen sich nicht ausschließlich darauf zurückführen, daß die bereits reichen Länder ihre wirtschaftliche Machtposition im Rahmen der bestehenden Marktbeziehungen permanent zu Lasten der armen Staaten ausgeschöpft haben. Bei einer Beurteilung der immer größer werdenden Lücke sollten auch die Mängel der Politik in den Ländern der Dritten Welt nicht unberücksichtigt bleiben. Sie sind häufig mit ausschlaggebend für die frustrierenden Resultate im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Diese Entwicklung läßt sich nicht dadurch ausschalten, daß der kritisierte Marktmechanismus durch administrative Eingriffe korrigiert oder völlig ausgeschaltet wird. Es wäre mehr als nur optimistisch zu glauben, daß die vorgeschlagenen — stärker planwirtschaftlichen — Maßnahmen für die Entwick-

lungsländer insgesamt nur positiv sind. Dies läßt sich besonders deutlich an den überzogenen Erwartungen im Rohstoffbereich illustrieren.

Die Entwicklungsländer gehen bei ihrer Befürwortung von Rohstoffabkommen in möglichst großer Zahl davon aus, daß auf diese Weise nicht nur eine Stabilisierung der Preise und Erlöse, sondern auch ihre langfristige Anhebung gelingt. Dies ist jedoch wenig wahrscheinlich. Langfristig ist weit eher davon auszugehen, daß sich die realen Preise funktionsfähiger Rohstoffabkommen entsprechend der Angebots- und Nachfragesituation einspielen. Die Marktkräfte werden nämlich durch solche Abkommen nicht ausgeschaltet, sie werden allenfalls so korrigiert, daß die starken kurzfristigen Preissoszillationen zum Nachteil von Anbietern und Verbrauchern gedämpft werden.

Unsichere Wirkungen

Für die Wahrscheinlichkeit der These marktentsprechender Abkommenspreise spricht die Tatsache, daß sie stets zwischen Anbietern und Nachfragern ausgehandelt werden. In diesem „bargaining process“ besteht das Interesse der Nachfrager im Normalfall in einem möglichst niedrigen Preis, während die Anbieter möglichst hohe Absatzpreise und Erlöse zu realisieren suchen. Abweichungen von dem Marktpreis bei funktionsfähigem Wettbewerb treten bei stark unterschiedlichen Machtpositionen der Verhandlungspartner ein. Längerfristig über dem Marktniveau liegende Preise sind dann denkbar, wenn es den Anbietern möglich ist, ein monopolistisches Verhalten durchzusetzen. Hauptvoraussetzungen dafür sind: die einheitlich geschlossene Anbieterpolitik, die Unmöglichkeit des Ausweichens der Nachfrager und Verbraucher auf Substitute und Recycling-Produktionen sowie geringe Möglichkeiten zur Senkung der Nachfrage durch Konsumverzicht oder rohstoffsparenden technischen Fortschritt.

Die Möglichkeiten für Abkommenspreise, langfristig über dem Angebots-/Nachfrageniveau zu liegen, müssen vor diesem Hintergrund für die 18 „Nairobi Commodities“ als ausgesprochen bescheiden angesehen werden¹⁾. Lediglich für Kautschuk ergeben sich schon heute recht günstige Chancen, solange die Kosten von konkurrierenden Syntheseprodukten durch die Ölpreispolitik nicht wesentlich vermindert werden können. Mit der absehbaren Erschöpfung der vorhandenen Kupfer- und Zinnvorräte könnten sich auch für diese beiden Rohstoffe auf längere Sicht Preiserhöhungen durchsetzen lassen. Sie machen

¹⁾ Gemäß dem UNCTAD-Beschluß von Nairobi sollen für folgende 18 Rohstoffe Verhandlungen über die Bildung von Abkommen geführt werden: Tee, Kakao, Zucker, Zinn, Kupfer, Kautschuk, Jute und Juteerzeugnisse, Bananen, Bauxit, Eisenerz, Mangan, Fleisch, Phosphat, tropische Hölzer und pflanzliche Öle einschließlich Olivenöl und Olsaaten.

allerdings eine stärkere Koordinierung der Anbieterpolitik untereinander erforderlich.

Die Erfahrungen mit den bisherigen Abkommen haben eindeutig gezeigt, daß auch bei Vorhandensein von Buffer-Stocks weder eine dauerhafte Preisstabilisierung noch eine -anhebung gegen die Markttendenzen möglich ist. Witterungseinflüsse, langfristige strukturelle Änderungen von Angebot und Nachfrage oder die Existenz von Außenseitern zwingen zu einer zeitlichen Relativierung des Stabilisierungsbegriffs durch Abkommen. Ein einheitlicher fester Preis bzw. ein Preiskorridor mit fixierten oberen und unteren Interventionsgrenzen ist nur solange möglich, wie Angebot und Nachfrage ungefähr im Gleichgewicht sind. Nur kurzfristige Ungleichgewichte können durch Interventionen kompensiert werden. Langfristige Divergenzen müssen stets durch Preisadjustierungen korrigiert werden, da eine Dauerintervention durch Stabilisierungsfonds mit zwangsläufig begrenzter Kapitalausstattung nicht möglich ist. Insofern dürften auch die im Zusammenhang mit Abkommen häufig geäußerten Hoffnungen auf ausschließliche Durchsetzung von Preisadjustierungen nach oben (ratchet effects) recht utopisch sein. Die Rohstoffabkommen und Buffer-Stocks im Rahmen des gemeinsamen Fonds im Integrierten Programm können nur eine relative – zeitlich begrenzte – Stabilisierung bewirken. Dies ist in allen Überlegungen über die Auswirkungen von Rohstoffabkommen zu berücksichtigen.

Handelsbilanzvorteile nicht für alle

Analysen für die Vergangenheit zeigen, daß nahezu alle Entwicklungsländer im Handel mit den achtzehn Nairobi-Rohstoffen und den zehn „core commodities“²⁾ aktive Handelsbilanzen aufweisen. Der Außenhandelsüberschuß ist bei ihnen im Verhältnis zum Sozialprodukt weitaus größer als in den Industrieländern mit bedeutenden Rohstoffvorkommen wie Australien, Kanada, Südafrika, Neuseeland und der Sowjetunion.

Zu den Ausnahmen unter den Entwicklungsländern mit negativer Handelsbilanz zählen außer den „reichen“ Ölländern kleine Insel- und Flächenstaaten ohne wichtige eigene Rohstoffe und mit einer vergleichsweise geringen Einwohnerzahl und einige bereits weiter fortgeschrittene Länder, die als Exporteure von Fertigwaren bedeutend sind (Malediven, Kapverdische Inseln, Bahamas, Zypern sowie Singapur, Südkorea, Jugoslawien und Portugal). Zahlungsbilanzschwierigkeiten aufgrund der Rohstoffpreisentwicklung sind für sie

²⁾ Zu den Core Commodities – dem Kern des Integrierten Rohstoffprogramms – gehören folgende 10 Rohstoffe, für die Abkommen mit Buffer-Stocks vorgeschlagen wurden: Kaffee, Tee, Kakao, Zucker, Zinn, Kupfer, Kautschuk, Jute und Juteerzeugnisse, Baumwolle und Baumwollgarne sowie Hartfasern und Erzeugnisse.

nur begrenzt zu unterstellen, da sie über andere Ausgleichsmöglichkeiten (Tourismus und Halb- bzw. Fertigwarenexporte) verfügen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten bestehen dagegen für die drei zur Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer gehörenden Staaten Afghanistan, Arabische und Demokratische Republik Jemen sowie für das MSAC-Land Pakistan.

Unter der Prämisse, daß die Preise in Rohstoffabkommen längerfristig den Marktpreisen entsprechen, ergibt die Prognose von Erzeugung und Verbrauch aufgrund der zu erwartenden Wachstumsraten im Jahr 1980 für alle Länder insgesamt nur unwesentliche Verschiebungen. Die Tatsache aber, daß sich die Zahl der am wenigsten entwickelten Länder in der Gruppe mit negativen Rohstoffhandelsbilanzen nahezu verdoppelt, belegt eindeutig, daß sie auch bei Preisstabilisierungsabkommen mit einer weiteren Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanzlage zu rechnen haben. Zur Flankierung des Rohstoffprogramms erscheinen daher zusätzliche Maßnahmen erforderlich, die speziell auf diese Länder zugeschnitten sind.

Ähnliche Unterschiede in den Wirkungen sind bei allen Maßnahmen im Außenhandel sowie im Bereich der Direktinvestitionen und Industrialisierung, die im Zusammenhang mit der neuen Weltwirtschaftsordnung gefordert werden, mehr als wahrscheinlich. Insbesondere für die ärmsten und die von der Ölkrise am härtesten betroffenen Länder dürften die Vorteile dabei weitaus geringer sein, als sie gegenwärtig noch erwarten. Außerdem ist nicht anzunehmen, daß diese Forderungen in vollem Umfang durchgesetzt werden können.

Großer Anlauf – geringe Wirkungen

Nahezu auf einhellige Ablehnung stoßen z. B. die Indexierung der Rohstoffpreise, die Kauf- und Lieferverpflichtungen und die Verstaatlichung ausländischen Eigentums nach nationalem Recht der Entwicklungsländer. In diesen Punkten sind sich die Industriestaaten einig, daß derartige Maßnahmen sowohl unter dem Aspekt der Erhaltung einer marktwirtschaftlichen Ordnung als auch zur Vermeidung einer weltweiten Inflation sowie aus entwicklungspolitischen Überlegungen nicht realisiert werden sollten.

Eine weichere Haltung zeichnet sich demgegenüber bei einigen Forderungen im Rohstoffsektor ab. Nach der EG scheinen auch die USA auf eine Linie einzuschwenken, bei der Rohstoffabkommen – mit und ohne Buffer-Stocks – nicht mehr grundsätzlich aus marktwirtschaftlichen Gründen abgelehnt werden. Zwar sind die geforderten 18 Abkommen auch dabei noch in weiter Ferne, aber für Kupfer, Baumwolle und andere Fasern sowie für eine Neuauflage des Kaffeeabkommens

wurden bereits erste Weichenstellungen vorgenommen. Hier hat sich die französische und holländische Haltung offensichtlich gegenüber dem harten Nein der Bundesrepublik durchgesetzt. Allerdings muß dieses Zugeständnis materiell nicht viel bedeuten, wenn man die bisherige Formulierung sieht, der sich die Bundesrepublik in der EG anzuschließen scheint. Demnach sind die Europäer nämlich „in geeigneten Fällen“ für den Abschluß von Abkommen. Gibt es diese Fälle nicht, so gibt es logischerweise auch keine neuen Abkommen. Zumindest wird die Überprüfung der Eignung in den einzelnen Fällen noch Jahre dauern. In diesem Zusammenhang sei nur daran erinnert, daß z. B. die Verhandlungen über das Kakao-Abkommen fast 40 Jahre in Anspruch nahmen.

Beim Common Fund – dem wichtigsten Bestandteil des Integrierten Rohstoffprogramms – ist man sich nur verbal nähergekommen. Die Industrieländer plädieren nämlich jetzt für einen gemeinsamen – sogenannten integrierten – Fonds, der nachträglich durch Zusammenfassung der Fonds von Einzelabkommen gebildet wird und keine eigene Geschäftsordnung und Kompetenzen hat, sondern als reine Clearingstelle arbeitet. Dieser Vorschlag wird von den Entwicklungsländern eindeutig abgelehnt. Von einer Einigung ist man insofern noch mindestens so weit entfernt wie bei Abschluß der UNCTAD-Sitzung in Nairobi. Auch für die vertikale Diversifizierung zeichnet sich noch keine Lösung ab. Sie wird zwar von den Industrieländern und den Entwicklungsländern befürwortet. Allerdings will der Westen sie durch Investitionen privater Unternehmen finanzieren lassen, während die Entwicklungsländer hier für neue internationale Fonds unter ihrer Kontrolle eintreten. Die von den USA vorgeschlagene internationale Rohstoffbank (IRB) halten sie für kein sinnvolles Alternativangebot.

Durchbruch in weiter Ferne

Problematisch bleibt außerdem die Erlösstabilisierung für Exporte. Die Industrieländer bieten sie als marktwirtschaftlich am ehesten vertretbare Lösung ausdrücklich an, haben jedoch keine ver-

bindliche Vorstellung über ihre Finanzierung vorgelegt. Ihnen käme es wahrscheinlich am geeignetsten, wenn unter den möglichen Modellen und Trägern das System der kompensatorischen Finanzierung beim Internationalen Währungsfonds ausgeweitet und die notwendigen Mittel aus Goldverkäufen beschafft würden. Die Entwicklungsländer halten ihre Forderungen auf diesem Gebiet noch zurück. Sie wollen damit offensichtlich vermeiden, daß infolge einer Erfüllung dieses Vorschlags die Verhandlungen über die weitaus schwieriger zu realisierenden Rohstoffabkommen und den gemeinsamen Fonds gefährdet werden.

Der Versuch, globale und große Lösungen durchzusetzen, ist auch bei der Forderung nach Erlaß von Schulden bzw. Einräumung von Schuldemoratorien weitgehend gescheitert. Die Geberländer wollen sich auch in Zukunft vorbehalten, welchem Land sie einen Erlaß oder ein Moratorium zugestehen und welche Bedingung es in diesem Fall zu erfüllen hätte.

Fortgesetzt werden soll die Politik der Handelsliberalisierung. Dabei sind strukturpolitische Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer-Exporte möglich. Die geforderte langfristige vorausschauende Strukturpolitik zur Forcierung dieser Lieferungen erscheint den Industrieländern mit marktwirtschaftlicher Grundordnung dagegen als nicht durchführbar.

In den übrigen Bereichen ließen es die Industriestaaten meist damit bewenden, auf die Möglichkeiten der technischen Hilfe und der Kreditnahme hinzuweisen und die Einrichtung von Studiengruppen zu unterstützen. Damit wurden keine echten Verpflichtungen eingegangen.

Betrachtet man dieses Ergebnis des mit großem Aufwand angelegten Vorstoßes zur Veränderung der Weltwirtschaft, so bleibt insofern nach den ersten Etappen wenig übrig. Gemessen an der alten Strategie der Einzelforderungen hat das Schnüren eines großen Pakets keinen Durchbruch bewirkt. Eine neue Weltwirtschaftsordnung wird mit den wenigen sich abzeichnenden Änderungen wohl kaum geschaffen.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Demnächst erscheint:

Dietrich Kebschull / Wolfgang Michalski / Hans-Eckart Scharrer (Hrsg.)

DIE NEUE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

— Beiträge zu ausgewählten Forderungen der Entwicklungsländer —

Großoktav, 287 Seiten, 1977, brosch. DM 34,—

ISBN 3-87895-157-4

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G